

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Freundinnen und Freunde

**ReachOut** geht es neben der unmittelbaren Opferberatung und der antirassistischen Bildungsarbeit darum, die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Opfer und potenziellen Opfer rassistischer Gewalt und Diskriminierung dahingehend zu verändern, dass sie gleiche Rechte erlangen und als mündige und selbstbewusste BürgerInnen agieren und ihre Interessen vertreten und durchsetzen können.

Die aktuelle Debatte um das Kopftuchverbot ist unseres Erachtens geprägt von rassistischen Ressentiments gegenüber Musliminnen und zeigt eine ausgeprägte antiislamische Haltung der politisch Verantwortlichen. **ReachOut** hat sich aus diesem Grunde im Januar 2004 durch ein Bündnis zur Vorbereitung einer internationalen Veranstaltung gegen das Kopftuchverbot engagiert. Daran beteiligt sind neben **ReachOut** VertreterInnen von IDFAD e.V. (ImmigrantInnen und Deutsche für Anti-Diskriminierung, Inssan – für kulturelle Interaktion e.V., Linksruck und der ReferentInnen Rat (AStA) der Humboldt Universität. Bei der Auswahl der BündnispartnerInnen stand für ReachOut im Vordergrund, dass die (potenziell) Betroffenen in dieser Debatte selbst zu Wort kommen.

Der Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats Günter Piening äußerte sich zu der Debatte folgendermaßen: *„Die Debatte ist in der Tat typisch Deutsch. Das sieht man vor allem an den Untertönen. Man redet über das Kopftuch, ist aber sehr schnell beim Islam, und schließlich steht der Islam für das Fremde generell. Alle Debatten zum Thema Einwanderungsland fokussieren sich plötzlich auf das Kopftuch. Es scheint, als ob alle Ängste auf das kleine Kleidungsstück projiziert werden. (...) Es gibt viele Gründe, das Kopftuch zu tragen. Alte Frauen tragen es aus Tradition und aus Heimatgefühl. Manche jüngere Frau will das Tuch nicht als Religionssymbol, sondern zur Identitätsfindung, als Ausdruck einer Art Jugendkultur. (...) Die einzig sichere Diskriminierung bringt das Kopftuchverbot selbst: Denn damit würde wieder Frauen die Lebensperspektive eingeschränkt. Eine Bärte Diskussion oder Ähnliches gibt es bekanntlich nicht. (...)“* (Interview in der Berliner Zeitung vom 27.10.2003)

Birgit Rommelsbacher gibt zu bedenken, dass *„die Paradoxie in diesem Fall darin liegt, dass eine Frau im Namen ihrer Emanzipation an der Ausübung ihres Berufes gehindert wird. Die Forderung nach Freiheit kann also selbst Unterdrückung legitimieren.“* Und sie fragt *„Warum, wenn die Gleichstellung der Menschen ein so vordringliches Anliegen ist, kein Aufschrei der Entrüstung durch das Land geht, dass die christlichen Kirchen gerade dabei sind, die Verabschiedung des Antidiskriminierungsgesetzes aufs Spiel setzen, weil sie nicht zulassen wollen, dass Religion als Diskriminierungsstatbestand in das Gesetz aufgenommen wird – entgegen der EU-Richtlinien.“* (TAZ vom 18.7.2003)

Aus unserer langjährigen politischen Erfahrung wissen wir, wie erhellend es sein kann, ExpertInnen aus anderen Ländern zu hören, um diese „typisch deutsche“ Debatte zu bereichern und neue Impulse und Argumente in diesem Fall für den Kampf gegen ein Kopftuchverbot zu bekommen. Mit dem geplanten **ReachOut**-Projekt eines internationalen Kopftuchpodiums wollen die Betroffenen und AktivistInnen aus dem Bereich der Antirassismus- und der Antidiskriminierungsarbeit einer aufgeschlossenen Öffentlichkeit Möglichkeiten und Perspektiven für ein offensives Eintreten gegen staatliche Diskriminierung aufzeigen, die sich im Kopftuchverbot manifestieren würde.

- **ReachOut bereitet ein Kopftuchpodium mit internationaler Besetzung aus Vertretern unterschiedlicher Kulturen und Religionskulturen und im Monat Juni 2004 vor**
- **ReachOut unterstützt die ‚Berliner Initiative gegen das Kopftuchverbot‘**